

# Riesner Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschicht: Tagesblatt Riesa.  
Genuss Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1230  
Gitarstraße Nr. 52.

Nr. 138.

Donnerstag, 17. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrists von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgaben für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Zersetz. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verkauft, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Gesamtverantwortung für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigenvertrieb: Wilhelm Dietrich, Riesa.

### Die Parole am 20. Juni.

Bei seinem Kampfe gegen den bürgerlichen Staat hat der Volkswidrigkeit erkannt, daß jener im Punkte des Privateigentums am nachhaltigsten und entscheidendsten getroffen werden kann. Unterhöhlung des Eigentumsbegriffes, Verschlagung aller Grundlagen des Rechtsstaates müssen über kurz oder lang zwingend jenen Zustand trostloser Verwirrung und völligen Niederrückens der Wirtschaft herbeiführen, den der Volkswidrigkeit braucht, um sich in den Sattel setzen zu können. Um diesen entscheidenden Stoß zu führen, hat man sich die reallose Enteignung der ehemals in Deutschland regierenden Fürstengeschlechter ausgesucht; ausgeführt in der Erwägung, daß das Bürgerrecht über die Tragweite dieses Vorhabens täuschen lassen werde, da ja nur eine bestimmte Kategorie von Staatsbürgern unmittelbar betroffen wäre. Diese Hoffnung dürfte sich ausbilden werden.

Es ist aber von äußerster Wichtigkeit, daß man sich über die Bestimmungen völlig klar ist, die für den Volkswidrigkeit gelten, da man nur so den besten Weg findet, um den Volkswidrigkeit Vorstoß gegen die Grundlagen des Rechtsstaates abzuwehren. Da das von den Kommunisten mit sozialdemokratischer Hilfe dem Volkswidrigkeit unterbreitete Enteignungsgesetz verfassungswidrig ist, so entscheidet über das Verfahren Artikel 78 der Reichsverfassung, dessen einschlägiger Satz lautet:

„Soll auf Volksbeschwerden durch Volkswidrigkeit eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.“

Die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten! Wie man sieht, muß also zunächst die Zahl der Stimmberechtigten einwandfrei festgestellt werden. Je weniger Staatsbürger anstimmend stimmberechtigt sind, desto geringer wird die Zahl derer, die notwendig sind, um den Volkswidrigkeit durchzuführen. Aus diesem Grunde ist es wichtig, daß die Wählerlisten auf ihre Vollständigkeit nachgeprüft werden. Folgende Überlegung zeigt das ohne weiteres:

Die ungefähre Differenz der Stimmberechtigten wird 40 Millionen sein. Das heißt also, es ist die Zustimmung von mehr als 20 Millionen Stimmberechtigten zu dem Volkswidrigkeit notwendig. Ist eine Million Stimmberechtigter nicht in die Listen eingetragen, so würde die Gesamtzahl der Stimmberechtigten nur noch 39 Millionen zu betragen scheinen, so daß also der Volkswidrigkeit angenommen wäre, wenn mehr als 19,5 Millionen für ihn stimmten. Diese Gefahr soll nun ganz gewiß nicht übersehen werden. Aber die Größe der Niederlage des Volkswidrigkeit wird sich am 20. Juni daraus ergeben, wieviel Stimmberechtigte nicht für den Volkswidrigkeit gestimmt haben. Jeder Gegner des Volkswidrigkeit, der in die Listen nicht eingetragen war und seine nachträgliche Eintragung nicht herbeiführt hat, würde somit die Schwere der Niederlage des Volkswidrigkeit herabgemindert haben. Die Notwendigkeit, sich dessen zu überführen, ob man in der Wahlliste auch verzeichnet ist, liegt danach auf der Hand.

Wie soll man sich nun am 20. Juni verhalten? Der amtliche Stimmschein steht bekanntermaßen die Möglichkeit vor, sowohl mit „Ja“ wie mit „Nein“ zu stimmen, und man könnte theoretisch vielleicht darüber streiten, ob es besser wäre, der Abstimmung einfach fernzubleiben oder lieber durch sein Nein die Gegnerlichkeit gegen den Volkswidrigkeit Angriff auf das Eigentum ausdrücklich zu betonen. Praktisch ist dieser Streit gegenstandslos, da die großen Parteien und Verbände, die sich dem Umsatze des Rechtsstaates widersetzen, bekanntlich die Parole ausgegeben haben, der Abstimmung fernzubleiben. Und das hat auch seinen guten Grund:

Im Gegensatz zu den Wahlen handelt es sich im vorliegenden Falle ja nicht um einen Akt, den der Staat anzuerkennen hätte (wie z. B. bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften oder der Wahl des Reichspräsidenten), sondern um einen kommunistisch-sozialistischen Parteivorstoß, den der Staat nach den Verfassungsbestimmungen zulassen muß, ganz gleichgültig, ob die Reichsregierung ihn bekämpft, wie das tatsächlich selbst bei dem Robespierre-Massaker der Fall ist. Wer also am 20. Juni nach dem Stimmschein geht, der tut zunächst einmal den Volkswidrigkeit die Ehre an, sich durch ihren Vorstoß überhaupt in Bewegung setzen zu lassen. Er erwartet weiter, da ja die Parole auf Stimmenthaltung die allgemeine der konservativen Parteien ist, den Anschein, als ob er den bürgerlichen Vorstoß billige und mitmache, und erhöht so durch gegen seinen Willen die Bekanntheit der Enteignungspartei. Er verrät sich nicht dessen, daß am Abend bei der Feststellung der Ergebnisse ja herauskommen werde, daß er mit Nein gestimmt hat. Jeder muß damit rechnen, daß andere annehmen, er hätte für das Enteignungsgesetz gestimmt, und daß sie sich sagen: „Wenn der sogar das getan hat, dann wollen wir es auch tun.“ Aus allen diesen Erwägungen ist es unbedingt abzurufen, daß der Abstimmung am 20. Juni fernzubleiben.

### Die Beziehungen Englands zu Rußland.

London. (Funkspruch.) Nach Blättermeldungen hält die Regierung einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland wegen der Unterbrechung des englischen Generalstreiks durch russische Gelder nicht für gerechtfertigt, gleichwohl beschloß sie, einen Unterschied zwischen diplomatischen Vertretern Rußlands und dessen Handelsorganisationen zu machen. Sie wird die bisher den Mitgliedern der Handelsorganisation eingeräumten diplomatischen Vorrechte nicht belassen und Maßnahmen gegen eine Verwendung dieser Organisationen zum Zwecke einer Sowjetpropaganda ergreifen.

### Dr. Stresemann über die Fürstenschädigungen.

Dortmund. In einer Hauptvorstandsbesitzung des Wahlkreises Westfalen-Süd der Deutschen Volkspartei in Dagen sprach Reichsminister Dr. Stresemann über die politische Lage.

In seinen Ausführungen ging er auch näher auf die Frage der Fürstenschädigungen ein und wies die in einer Zentrumsvorstellung in Pöschel a. M. aufgestellte Behauptung zurück, wonach die Deutsche Volkspartei in den letzten Besprechungen mit dem Reichsanwalt habe erkennen lassen, daß sie für ein Kompromiß, das nicht verfassungswidrig sei, nicht zu haben sei, und somit jede Aussicht auf eine zufriedenstellende Lösung durch Reichsanwaltschaft mit einfacher Mehrheit entfällt. Demgegenüber stellte Dr. Stresemann zugleich in ausdrücklichem Einverständnis mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz mit Nachdruck fest, daß gerade die Deutsche Volkspartei für eine Regelung eingetreten ist, durch die eine befriedigende Lösung durch Reichsanwaltschaft mit einfacher Mehrheit gemäßerweise würde. Es sei selbstverständlich, daß auch nach dem zu erwartenden negativen Ausfall der Abstimmung am 20. Juni die Reichsregierung mit allem Nachdruck für die Annahme ihres Vergleichsvorschlages eintreten werde und daß die Deutsche Volkspartei, wie Dr. Stresemann als Parteivorsteher feststellte, sich mit größter Energie für diese Vergleichslösung einsetzen werde, die wie die Zustimmung der preussischen Staatsregierung zu diesem Vorschlage im Reichsrat wohl vor aller Öffentlichkeit beweise, daß Staatsinteresse genügend wahre.

### Besprechung in Sachen des Reichsehrenmals.

Berlin. (Funkspruch.) Mittwoch, den 16. Juni 1926 fand unter Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Brüning eine Besprechung der verschiedenen Frontkämpferverbände in Sachen des Reichsehrenmals statt. Wichtige Über einstimmung herrschte von vornherein darüber, daß für das Ehrenmal lediglich eine Gegend in Betracht kommen könnte, wo die Ehrena der Gefallenen in die Form eines Ehrenhains gefeiert werden könnte, ohne dabei den Gedanken der Heldenehrung in denkmalmäßiger Form, wenn auch in schlichterer Weise, auszuschließen. Nach eingehender Aussprache ergab sich, daß von den zahlreichen durch den Reichsanwalt geprägten Orten von den Erklärungen lediglich der Wald von Berka bei Weimar und die Gegend von Goslar für geeignet gehalten wurden. Der Reichsanwalt, der Reichsanwalt Schwarze-Not-Gold, der Deutsche Reichswehrverband, der Reichsverband jüdischer Frontsoldaten, die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener Deutschlands, die Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener erklärten sich für die Gegend von Weimar. Der Lannenbergbund, der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband der deutschen Offiziere, der Bund deutscher Marineoffiziere, der Marineoffiziersverband und der Reichsoffiziersbund erklärten, daß sie Goslar den Vorzug geben würden, aber auch einer Heldenehrung in der Gegend von Weimar ihre Mitwirkung nicht verweigern würden. Der zuständige Ausschuss des Reichsanwalts wird sich in kürzester Zeit mit der Angelegenheit befassen, so daß eine endgültige Entscheidung wohl in Kürze bevorsteht. Reichsminister Dr. Brüning gab die Zusicherung, daß er die praktische Verwirklichung des Gedankens der Heldenehrung mit besonderem Nachdruck betreiben werde.

### Steuern und Zolleinnahmen des Reichs

vom 1. April bis 31. Mai.

Berlin. Die Einnahmen des Reichs an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Mai d. J. belaufen sich insgesamt auf 1020 015 858,52 Reichsmark. Im Reichshaushaltplan ist die Einnahme für das Rechnungsjahr 1926 aus diesen Quellen auf insgesamt 6465 300 000 RM. veranschlagt. Das erste Sechstel dieses Etatsjahres hat also nicht ganz die veranschlagte Quote erreicht. Allerdings tritt ab 1. Juli d. J. die Schaumweinsteuer wieder in Kraft, sobald daraus sich neue Einnahmen ergeben. In den Berichtsmontaten sind u. a. eingeommen: Aus der Einkommensteuer rund 346 Millionen, aus der Umsatzsteuer einschl. der Zerstörer- und Kleinhandelssteuer rund 166 Millionen, aus der Kraftfahrzeuge- und Verbrauchsabgaben haben u. a. ebracht, die Zölle rund 108 Millionen, die verschiedenen Tabaksteuern rund 89 Millionen, die Zuckersteuer rund 35 Millionen, die Biersteuer rund 41 Millionen und das Branntweinmonopol rund 28 Millionen.

### Bau eines Flughafens München.

Die die „Bayerische Staatszeitung“ erzählt, sind zwischen der Stadt München und dem Militäriskus Vereinbarungen getroffen, denen zufolge der Militäriskus der Stadt an seinem Eigentum Oberwiesenfeld das Benutzungsrecht überläßt und zwar als Flugplatz. Die Stadt verpflichtet sich, die durch die Übernahme von Oberwiesenfeld, an dessen Stelle die Stadt ein anderes Gelände zur Verfügung stellt, entstehenden laufenden Kosten auf sich zu nehmen. Das Abkommen dürfte demnächst endgültig abgeschlossen werden. Es ist geplant, auf Oberwiesenfeld einen großen Luftschiffhafen einzurichten, der mit weitläufigen Hallen zum Empfang der Gäste und der Unterbringung der Flugszeuge dienen soll.

### Briands Rücktritt.

Über Paris ziehen sich die Wolken eines großen Gewitters zusammen. Das Land steht im Zentrum eines Wirbelsturms, der alles dem Zusammenbruch entgegenzuführen droht. So mußte selbst gestern Briand noch kurz vor seinem Entschluß, zurückzutreten, die trübselige Situation in Paris kennzeichnen. Für uns in Deutschland gewinnt das, was sich jetzt in Frankreich abspielt, ein erhöhtes Interesse schon deshalb, weil auch wir vor noch nicht allzulanger Zeit eine ganz ähnliche wirtschaftliche Katastrophe durchzumachen hatten. Mit fast photographischer Genauigkeit wiederholt sich jetzt in Paris die Erscheinung eines Währungsverfalls, die auch damals Deutschland sein eigenartiges Gepräge geben mußte. Auch wir ständen bei der Ratlosigkeit der Regierung und des Parlamentes vor dem Ansturm der Erschwernisse und der Inflationsbegleitumstände. Auch damals ein Kampf der politischen Parteien um die Vorkerrschaft, auch damals Energielosigkeit, die zu einer schmerzlichen Tat unfähig war und schließlich alles launig ließ, wie es laufen wollte. Bis dann das Wunder der Rentenmark sich offenbarte. Aber von den ersten Erscheinungen dieser ehemaligen wirtschaftlichen Katastrophe bis zu ihrer Beendigung war ein weiter, mühevoller Dornenweg. Diesen Dornenweg hat Frankreich kaum beschritten. Doch es wird ihn gehen müssen, genau so wie wir. Wird genau so wie wir all das Schwere und Unenträgliches noch durchzumachen haben, das uns heute wie eine trübe Erinnerung zurückdrückt.

Briands Entschluß, die Demission des Kabinetts anzukündigen, kommt vielleicht etwas überraschend. Noch in der dem Kabinettsrat vorhergegangenen Sitzung der Kammer konnte sich Briand so etwas wie einen Sieg sichern. Allerdings betraf er eine mehr geschäftsordnungs-mäßige Angelegenheit. Über unmerklich, er zeigte, daß die Kammer nicht so ohne weiteres bereit war, den jetzigen Ministerpräsidenten fallen zu lassen. Was sich dann später in dem Kabinettsrat abspielte, können wir natürlich nicht wissen. Aber es ist doch anzunehmen, daß Briand seinen Entschluß zu demissionieren, nicht aus freien Stücken faßte, sondern daß er sich vor der Mehrheit seiner Kabinettsmitglieder beugen mußte, die für die Bildung eines Konzentrationskabinetts eintrat. Wesentlich für die Beurteilung der Dinge, die sich jetzt in Paris ereignen, ist die Veröffentlichung des amtlichen Communiqués, das sich über den Rücktritt Briands ausdrückt. Hier heißt es, Herr Briand habe dem Ministerrat mitgeteilt, daß er sich nicht mehr in der Lage sehe, seine Aufgabe erfolgreich durchzuführen, weil angesichts der Laufes der fremden Devisen gewisse wesentliche Unterstellungen ausgefallen sind, auf die die Regierung zu zählen ein Recht hätte.“ Es ist auch für den, der über die Geschehnisse in Paris gut orientiert ist, schwer, sich darüber klar zu werden, was diese letzte ungewöhnliche Bemerkung eigentlich sagen will. Offenbar ist sie eine Anspielung auf die Verhandlungen, die vor kurzer Zeit die Regierung mit den Führern der französischen Finanzinstitutionen hatte. Da niemals in der Öffentlichkeit genau bekannt geworden ist, welchen Zielen diese Besprechungen zugeführt werden sollten und welches Ergebnis sie erbrachten, so ist es begreiflicherweise nicht leicht, festzustellen, auf was diese merkwürdige Bemerkung in diesem amtlichen Communiqués anspielt. In ihrer Formulierung enthält sie einen Wortwitz. Gegen wen er gerichtet ist, ist nicht ersichtlich. Vielleicht könnten die Finanzinstitutionen, die an den Verhandlungen beteiligt waren, darüber nähere Auskunft geben.

Wie sich die Regierungskrise durch den Rücktritt Briands entwickeln wird, ist eine offene Frage. Allgemein nimmt man an, daß der zurückgetretene Ministerpräsident wieder die Leitung des neuen Kabinetts übernehmen wird. Benignus bezeichnet die Vorgangsweise einstimmig Briand wiederum als den kommenden Mann. Sollte er wirklich, wie man glaubt, den Auftrag zur Regierungsbildung übernehmen, so wird er wohl versuchen, die parlamentarische Grundlage seines Kabinetts zu erweitern, unter Sprengung der Parteigrundlage ein Kabinetts mit republikanischem Einschlag zu schaffen. Angesichts des katastrophalen Frankfurter Beschlusses dürften Überlegungen jedoch nicht Wunder nehmen.

### Briand mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Paris. Briand ist mit der Kabinettsbildung beauftragt worden und hat den Auftrag angenommen. Beim Verlassen des Elysee erklärte er, er habe dem Präsidenten mitgeteilt, er werde versuchen, ein Ministerrat auf der Grundlage des weitestgehenden Zusammenschlusses der Fraktionen zu bilden, und deshalb deren führende Vertreter erfragen, angesichts des Ernstes der Lage einzeln und allein auf den Standpunkt der nationalen Interessen zu stellen und sich zu bemühen, wieder eine normale Finanzlage zu schaffen. Wie die Agence Havas weiter mitteilt, hat Briand die Kabinettsbildung grundsätzlich übernommen, aber den Wunsch geäußert, sich mit seinen Freunden zu besprechen, ehe er eine endgültige Antwort erteilt.

### Neue Kämpfe in Marokko.

Paris. Die Agence Havas meldet aus Rabat: In der Gegend von Fes sind einige Stämme in Streit geraten, in dessen Verlauf die Beni Rabud einige Ortlichkeiten angegriffen und in Brand gesteckt haben. Im Frontabschnitt von Taza haben die spanischen Streitkräfte das Dorf Damman besetzt.